

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. — Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Versammlungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Zur Lage unseres Verbandes

Aus dem Bezirk Hannover wird uns geschrieben: In Nr. 28 der „Baugewerkschaft“ hat der Verbandsvorstand eine Uebersicht über den Stand unseres Verbandes gegeben. Mitglieder- wie Massenbestand kann uns nicht befriedigen. Der alleszerstörende Krieg hat auch hier seine Wirkung ausgeübt. Mit Recht wird in der Uebersicht betont, daß das Baugewerbe wohl von allen Gewerbezweigen mit die meisten Kämpfer gestellt hat. Wir, das heißt der christliche Bauarbeiterverband, sind eine Organisation, in der das jüngere und mittlere Element stark vertreten war. Es waren zum großen Teil Leute, die vom Lande stammten, an deren Gesundheit die Großstadt noch keine nachteilige Wirkung ausgelöst hätte. Wir haben uns oft über diese Tatsache ge freut. Wir bedauern es auch jetzt nicht, aber dieser Umstand mußte auf den Mitgliederbestand beim Ausbruch des Krieges um so empfindlicher einwirken. Mußten doch in den ersten Augusttagen 1914 alle gebienten Mannschaften von 22-45 Jahren zu den Fahnen eilen. Nicht nur die Gebienten, sondern auch die als Ersatz-Reservisten ausgemusterten Kollegen mußten sich gleich stellen. Durch meine Tätigkeit bei verschiedenen Truppenteilen stieß ich überall auf Bauarbeiter aller Berufe. Große Verwaltungsstellen gingen gleich in den ersten Augustwochen 1914 um 70-80 Prozent zurück. Der Rückgang war lediglich auf die Einziehung der Mitglieder zurückzuführen. Wenn so schon im ersten Monat der Verband mitgenommen wurde, ist es kein Wunder, wenn er nach 2 1/2-jähriger Kriegsbauer weit stärker zurückgegangen ist.

Dennoch könnte der Stand des Verbandes ein besserer sein. Die Agitation hat während der vielen Kriegsmomente in den meisten Orten fast vollständig geruht. Gewiß waren unsere besten Vorstandsmitglieder und Vertrauensmänner eingezogen, haben aber nicht die Zurückgebliebenen ein ebenso großes Interesse daran, den Verband stark und einflussreich zu erhalten? Haben sie nicht dieselben Vorteile von einer starken Organisation wie jene, die lange Jahre an dem Ausbau des Verbandes gearbeitet haben, die nur den anderen auch noch Haus und Hof und die wirtschaftliche Existenz unter Einsehen des eigenen Lebens sichern und schützen müssen? Es ist eine bedauerliche Tatsache, daß es in unseren Reihen viele gibt, die die große Zeit mit Gleichgültigkeit oder mit Mürgeln an sich vorübergehen lassen, ohne sich auch nur den geringsten Verdienst für die Allgemeinheit, insbesondere für den Arbeiterstand, erworben zu haben. Sie sehen die großen Gefahren nicht, die der Arbeiterschaft drohen; sie sehen auch nicht ein, daß der Arbeiterstand mit am Umboß der Zeit stehen muß, um seine Rechte für die kommende Zeit selbst zu schreiben. Sie lassen andere arbeiten, in dem verwerflichen Gedanken: wir ernten ja doch mit, was jene säen. Es könnte aber auch mal anders kommen... Es fehlt eben noch so vielen die notwendige staatsbürgerliche und besonders die so sehr notwendige gewerkschaftliche Schulung.

Es ist nicht bedauerlich, daß eine Anzahl Kollegen mit Ruhe aussieht, wie die Frauen eingezogener Kollegen die Verwaltungsgeschäfte, Postkassierung usw., übernehmen und sie mysteriös durchzuführen! Diese Kollegen lassen sich nicht nur von diesen Frauen

bedienen, sondern machen ihnen teilweise auch noch Schwierigkeiten, obwohl sie doch alle Ursache hätten, diese Arbeiten selber zu übernehmen. Bei diesen Frauen ist eben mehr gewerkschaftliches Verständnis vorhanden, als bei manchem Kollegen.

Die Interesselosigkeit ist leider auch bei vielen vom Militär zu Arbeiten beurlaubten und bei entlassenen Kollegen vorhanden. Der größte Teil derselben findet ja erfreulicherweise den Weg zum Verbands wieder zurück, und viele arbeiten auch wieder für denselben. So war z. B. Pfingsten einer dieser Kollegen in seiner Heimat auf Besuch, er lasierte gleich 54 Mark an Beiträgen von solchen Kollegen ein, die im Rückstande waren. Leider stehen solche Fälle nur vereinzelt da. In der Regel drücken sich immer jene am meisten, für die der Verband nach ihrer Meinung niemals genug leisten kann. In einer größeren alten Verwaltungsstelle ist es der langjährige Kassierer, der sich schon seit einem Jahre an der Beitragszahlung vorbeidrückt, aber auch durch seine Laune noch andere Kollegen mitreißt.

Wie wichtig aber auch für die vom Militär zurückkommenden Kollegen die sofortige Anmeldung beim Verbands ist, mögen folgende zwei Fälle zeigen: In einer Verwaltungsstelle verunglückte ein Kollege gleich in den ersten Wochen seiner Arbeit tödlich, der Frau wurde vom Verbands das volle Sterbegeld ausgezahlt. In einem anderen Orte quetschte sich ein Kollege den Finger, aber er hat die volle Krankenunterstützung bezogen, obschon er noch keinen Beitrag gezahlt hatte. In beiden Fällen wurde die Militärzeit als volle Beitragszeit angerechnet. Jene Kollegen, die nach ihrem Abgang vom Militär, auch wenn es sich nur um Beurlaubung handelt, monatelang ihre Beiträge nicht gezahlt haben, verlieren doch ihre vollen Rechte, und kann auch die Militärzeit bei späteren Anmeldungen nicht mehr angerechnet werden.

Ob der Verband die Interessen der Bauarbeiter gewahrt hat, braucht hier nicht ausführlich erörtert zu werden. Was wäre aus einer unorganisierten Arbeiterschaft bei Ausbruch des Krieges geworden? Welchen Einfluß hätte sie bei dem damaligen Wirtschaft und der großen Arbeitslosigkeit auf die Erhaltung der Friedenslohn gehabt? Wie hätte sie ihre Interessen als Konsumenten in der Lebensmittelfrage und der Preispolitik, ganz besonders aber als Arbeiter bei Erledigung des Hilfsdienstgesetzes vertreten wollen? Wäre es einer unorganisierten Arbeiterschaft möglich gewesen, 25 Pfennig Steuerzulage pro Stunde für sich herauszuholen? Daran, daß die Interessen der Kriegsverstümmelten, der Witwen und Waisen der gefallenen Kollegen gewahrt werden müssen, denken jene nicht, sie haben nur ihren augenblicklichen persönlichen Vorteil im Auge. Wagte doch kürzlich einer den Ausspruch: „Ich habe den Beitrag für zwei Jahre in der Tasche, das ist erspartes Geld.“ Ob dies wahr ist, kann man bezweifeln. Wenn es wirklich gespart ist, daß es sich dann um Judasgeld handelt und einem Verrat an den Mitarbeiter gleichkommt, das bedarf der Raum nicht.

Viele Kollegen sind auch der Ansicht, die Gewinnung neuer Mitglieder sei nur Sache der Agitatoren. Es wird zunächst gar nicht bedacht, daß die größte Zahl der Angestellten eingezogen und dadurch ihre Tätigkeit ausgeschaltet ist. Ganze

Bezirke und Verwaltungsstellen, die früher Beamte hatten, sind verwaist. Aber genau wie früher, so soll der Angestellte auch heute alle Kleinigkeiten regeln. In manchen Verwaltungsstellen scheint man von den Angestellten die reinen Hausknechtsarbeiten gefordert zu haben, sonst könnten aus solchen Orten zugereiste Kollegen an ihren jetzigen Arbeitsstellen nicht die sonderbarsten Ansinnen an einzelne Angestellte stellen. Die Hauptarbeitsgelegenheit ist heute auf den großen Industriewerken, zu denen den Gewerkschaftsangeestellten der Zutritt verweigert wird. Mit Recht wies auch der Hauptvorstand darauf hin, daß die Angestellten durch den Krieg ganz andere Arbeiten haben, als früher, die aber im Interesse der Arbeiterschaft allgemein, sowie in dem der Angehörigen der eingezogenen Kollegen verrichtet werden müssen.

Soll also der Stand des Verbandes ein besserer werden, so ist es notwendig, daß in allen Orten die Kollegen sich aufrufen zur Arbeit für den Verband. Die Tüchtigsten müssen die Verwaltungsgeschäfte in die Hand nehmen. Auf den Baustellen müssen wieder Baulegitime eingesetzt werden, Bücherkontrollen vorgenommen werden, die Bauern müssen aufgerüttelt und die Unorganisierten für den Verband gewonnen werden. Jeder ist verpflichtet, mitzuarbeiten; erfüllen die Kollegen dies, werden wir am Jahreschluss besser dastehen.

Das rechte Augenmaß

Der Kampf um die Kriegsziele hat Formen angenommen, die recht able genannt werden müssen. Von links und rechts erfolgen gegenseitig Angriffe, die man kaum noch verstehen kann. Wir sind weder für die sozialdemokratische Parole: „keine Annexionen und keine Kriegsentwöhnung“, weil wir sie für schädlich halten. Ebensovollständig aber auch können wir uns für die Kriegsziele der anderen Seite erklären, weil damit unseren Feinden Wasser auf ihre Mühle geleitet wird. Wenn man sagt, unsere Feinde stellen ihre Kriegszieleforderungen seit Jahren in geradezu ungeheuerlichem Umfang auf, so wird nicht dabei bedacht, daß wir uns in einer ganz anderen Position befinden wie unsere Gegner. Unsere Gegner besitzen an Faustpfändern nichts wie unsere Kolonien und einige kleine Pfpfänder Land. Wir dagegen haben gewaltige Ländermassen als Faustpfänder inne. Das gibt für uns von vornherein ein weit größeres Übergewicht. Werden von uns nun weitgehende Forderungen erhoben, muß dies ganz naturgemäß eine andere Wirkung haben wie bei unseren Feinden, die ihre Wüter für fernere liegende Kriegsziele begeistern wollen.

Daher kann man zu der Auffassung gelangen, daß die Aufstellung sehr weitgehender Kriegszieleforderungen kriegsverlängernd wirkt. Dies kommt insbesondere in Briefen von der Front zum Ausdruck. Aber nicht allein über die erhobenen Forderungen an sich, sondern auch über die Form, wie die Agitation für diese Kriegsziele betrieben wird, kommt ein starker Unmut zum Ausdruck. So schreibt unter dem Stichwort: „Ich erhebe Widerspruch“, ein Unteroffizier R. von der Mitte an die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“:

„Man kann ich es doch nicht länger unterdrücken, was mir seit langem auf der Zunge brannt. Ich habe immer gedacht: laß sie reden und schreiben über Kriegsziele und Scheidemann-Frieden und Hindenburg-Frieden — nur was wir brauchen wollen tun, und laß sie ruhig sein.“

Früchten steht es nicht besser. Und da soll man noch Vertrauen zu irgendeiner behördlichen Regelung haben?

Der Zentralverband christlicher Fabrik, Lehr- und Hilfsarbeiter hatte nach seinem Jahresbericht Ende 1916 3936 Mitglieder. Ein Jahr vorher waren es 3470. Neu aufgenommen wurden im Jahre 1916 1682 Mitglieder. Da von den Neuaufgenommenen jedoch wieder ein großer Teil verloren ging (über 600 davon wurden eingezogen), so verblieb dem Verband nur ein Zuwachs von 466 Mitgliedern. Insgesamt standen Ende 1916 mindestens 7150 Mitglieder im Verband, davon wurden 331 dem Verbandsvorstand als gefallen gemeldet. Die Zahl der Ortsgruppen des Verbandes hat sich von 148 auf 156 erhöht. — Die Gesamteinnahmen des Verbandes betragen im Berichtsjahre 122 585,38 M., die Ausgaben 103 095,96 M.; das Vermögen belief sich auf 55 758,74 M. Für Unterhaltungen verausgabte der Verband die Summe von 33 039,89 M. — Tarifverträge schloß der Verband im Berichtsjahre zwei ab. Ende des Jahres war er an 36 Tarifverträgen beteiligt.

Sandige Frühkartoffeln. Trotz der beschämenden Vorkommnisse im vergangenen Jahre tritt die „Deutsche Tageszeitung“ wiederum dafür ein, daß Frühkartoffeln „mit der anhaftenden Erde verladen werden“. Sie sucht diese Forderung damit zu begründen, daß die Schale der Frühkartoffel zu empfindlich sei, um nach einer gewissen Reifezeit noch einen längeren Transport zu vertragen. Darüber mögen sich unvoreingenommene Sachverständiger der Reichskartoffelstelle maßgebend äußern. Inzwischen bleibt es stark auffällig, daß diese Empfindlichkeit jetzt so viel stärker als in früheren Zeiten in den Vordergrund gerückt wird. Ist der Versand der Kartoffeln mit allem Drum und Dran wirtschaftlich nötig, so darf er nur gegen entsprechende Schutzmaßregeln gestattet sein, und zu deren Feststellung sind energische Maßnahmen nötig. Auf keinen Fall aber darf die von Hausfrauen diktierte Miswirtschaft wieder soweit gehen, daß schließlich sogar der Verbraucher noch 10 Prozent Sand und Steine erhält, welche die etwaige frühere Verbindung mit den Kartoffeln längst verloren haben. Denn letzten Endes kommt es auf dasselbe hinaus, ob die Hausfrauen 10 Prozent verkaufte Kartoffeln oder die gleiche Menge Erde in Kauf nehmen müssen. Nur liegt der zweite Fall insofern schlimmer, als er zunächst gewissenlosen Verladern Gelegenheit zu unehrlichem Verdienst bietet.

Streiks und Aussperrungen in Oesterreich. Im Jahre 1916 fanden in Oesterreich 30 Lohnbewegungen statt, und zwar in 51 Betrieben mit 20 254 beschäftigten Arbeitern von denen 7931 streikten. Das Berichtsjahr weist die kleinste Zahl an Ausständen seit 1894 auf. Aus Kärnten, Krain und Dalmatien wurden im Jahre 1916 keine Arbeitskonflikte gemeldet. In Böhmen war die Bewegung die stärkste; die Ursache liegt in der verhältnismäßig starken Streikbewegung im Bergbau und in der Textilindustrie, von welchen betroffenen Betrieben die meisten in Böhmen sind. Von den Streiks betrafen 35 große Betriebe und nur vier kleine Betriebe. Von den Streikenden waren 6895 männlichen und 1268 weiblichen Geschlechts. Im Durchschnitt währten die Ausstände 2,5 Tage. 20 Ausstände stellten sich als Angriffsstreiks und 17 als Abwehrstreiks dar, zwei lassen sich nicht klassifizieren. Bei 25 Streiks waren staatliche und andere Behörden als Vermittler tätig; Interventionen von Arbeitnehmer-Organisationen fanden bei elf Ausständen statt. Von den streikenden Arbeitern nahmen 7846 die Arbeit wieder auf, 91 wurden entlassen und 14 verzichteten auf die Wiederaufnahme, gezwungen feiern mußten 233 Arbeiter. Im Jahre 1916 fand in Oesterreich nur eine Aussperrung statt. Veranlassung dazu bot die Weigerung der Arbeiterschaft, unbezahlte Ueberstunden zu machen. Nach zweitägigem Stillstand einzelner Abteilungen wurde die Zahlung der Ueberstunden bewilligt, wodurch die Arbeiter zusammen einen Lohnzuwachs von 46 800 Kronen pro Jahr erhielten.

Der Reichsverband deutscher Konsumvereine e. V. Köln-Mülheim veröffentlichte in Nr. 10 und 11 der „Konsumgenossenschaftlichen Praxis“ seinen Jahresbericht. Der Verband hat im Jahre 1916 einen starken Aufschwung genommen. Die Zahl der angeschlossenen Genossenschaften vermehrte sich von 191 auf 235. Die Mitgliederzahl der Genossenschaften betrug am 1. Januar 1916: 139 417 und am 31. Dezember desselben Jahres 2 859 949. Die Steigerung beträgt 50 Prozent. Der Umsatz der Konsumvereine erhöhte sich von 61 675 000 M. im Jahre 1915 auf rund 80 Millionen Mark. Die Eigenproduktion der Vereine in Backwaren usw. betrug rund 8 1/2 Millionen Mark. Die Zahl der beschäftigten Personen stieg von 2130 im Jahre 1915 auf 2528 im Jahre 1916. An Reinüberschuß wurden 1,72 Millionen Mark erzielt. Außerdem als fester Rabatt rund 3 Millionen Mark den Mitgliedern ausbezahlt. Dem Verband traten eine größere Anzahl Beamten-Konsumvereine bei. — Die Groß-Einkaufszentrale hat seit Beginn des Krieges durch die Ausschaltung des freien Großhandels stark an Umsatz eingebüßt. Der Umsatz betrug im Jahre 1914 rund 11 1/2 Millionen Mark, im Jahre 1915 rund 10 1/2 Millionen Mark und im Jahre 1916 nur noch 7 1/2 Millionen Mark. Diefelbe rüstet jedoch schon für die Friedenszeit. In Neuß am Rhein hat dieselbe im Hafen von der Stadt Neuß ein großes Gebäude erworben, auf welchem nach schon fertiggestellten Entwürfen Verwaltungsgebäude, Zentrallager sowie eine Anzahl Lebensmittelabriken errichtet werden.

Ueber die Tätigkeit des Kriegswuchereramtes gab der Leiter desselben, Dr. Machatus, in der öffentlichen Beratsitzung am 4. Juni einen Ueberblick. Danach wurden in der letzten Zeit in jedem Monat über 4000 neue und im ganzen etwa 24 000 Anzeigen bearbeitet. Das Kriegswuchereramt wird auch als Gutachter von Staatsanwaltschaften, von Behörden und Sachverständigen in

Am Sonntag, den 24. Juni, ist der 17. Wochenbeitrag fällig.

wettestem Umfange in Anspruch genommen. Es erteilt praktische Unterrichtskurse für die Exekutivbeamten in den verschiedensten Gegenden des Reiches. Besonders ist das Kriegswuchereramt in der Bekämpfung des Schleichhandels, der Zurückhaltung mit Lebensmitteln und anderen Gegenständen des täglichen Bedarfs hervorgetreten. Staatsanwalt Frobböhl erläuterte das Wesen und den Zweck der allgemeinen Beschlagnahme auf Grund der Kriegsverordnungen. An den Vortrag schloß sich eine sehr lebhafte und eingehende Aussprache. Allgemein wurde die Auffassung vertreten, daß die scharfe Handhabung der Kriegswucherergesetze durch das Kriegswuchereramt im Volke eine große Beruhigung geschaffen habe. Die „Deutsche Tageszeitung“, das führende Organ der Landwirte, hat den letzten Satz, daß die scharfe Handhabung der Kriegsgesetze eine große Beruhigung geschaffen hat, in dem der Presse zur Verfügung gestellten Bericht gestrichen. Warum mag das wohl geschehen sein? Ob die Beruhigung bei der Landwirtschaft über das Kriegswuchereramt nicht festzustellen ist? Mag sein! Umso mehr aber bei den Konsumenten.

Der Urgrund aller politischen Leiden. Im konservativen Reichsbote schreibt Prof. Dr. Ludwig Lange-mann:

„Der Urgrund aller unserer politischen Leiden steckt — das muß heute deutlich ausgesprochen werden — im Reichstagswahlrecht. An seine Verbesserung muß unverzüglich herangegangen werden, wenn das Reich gerettet und die Demagogie unschädlich gemacht werden soll. Zum mindesten ist es notwendig, daß die Wahlverhütung aufhöre, die den an sich gesunden Sinn des deutschen Volkes vertritt, und daß die Minderheiten zu ihrem Rechte kommen. Ist es nicht eine Ungerechtigkeit ohnegleichen, wenn z. B. Staaten wie Hamburg jahraus jahrein im Reichstage ausschließlich von Sozialdemokraten vertreten sind, während ihre das geistige und Wirtschaftsleben schaffenden Kreise rechtlos und mundtot gemacht worden sind? — An dieser Stelle muß eine gesunde Staatspolitik in der Neuordnung einsetzen, dann wird sie auch ohne Gefahr eine Verbesserung des preussischen Landtagswahlrechts vornehmen können, die die pluri-fraktive Natur desselben abschwächt und alle königlichen Volksklassen befriedigt. Aber die starke Monarchie muß Herrin im deutschen Hause bleiben! Und wir verlangen einen Reichstag, der die wahren Lebensinteressen des deutschen Volkes vertritt, und nicht einen solchen, der einer jämmerlichen Parteipolitik und Ausländerlei zuliebe einen schwächlichen Frieden herbeiführen hilft, der unserm heldenhaften, schwer leidenden Volke den Rest geben und es um Zukunft und Dasein bringen würde. — Das sind genau genommen Selbstverständlichkeiten, über die man als Deutscher kein Wort mehr zu verlieren haben sollte.“

Daß in unseren konservativen Kreisen so wenig Kenntnis von der wahren Volkstimmung anzutreffen ist! Wer nicht nur Sturm, sondern einen zerstörenden Orkan heraufbeschwören will, der strecke die Hand nach dem Reichstagswahlrecht aus.

Kriegskosten und Kriegsschulden Oesterreich-Ungarns. Wir entnehmen dem „Verl. Tagblatt“:

Der jüngst veröffentlichte Bericht der Staatsschulden-Kontrollkommission des österreichischen Reichsrats läßt eine im wesentlichen genaue Abschätzung der Kriegskosten der Monarchie bis zum Ende des Jahres 1916 möglich erscheinen. Auf Grund dieser ungefähren Ermittlung gelangt man bis Ende 1916 zu den folgenden Ziffern:

Table with 2 columns: Description and Amount in Million Schilling (Mill. Kr.). Rows include: Fünf Kriegsanleihen (18 056), Vorschüsse bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank (8 95), Kontokorrentvorschüsse bei Banken (3 295), Valuta-Anleihen in Deutschland (1 840), Anleihe bei einem ausländischen Konsortium (4), Summe der Kriegsschulden Oesterreich-Ungarns (31 390), Fünf Kriegsanleihen (8 500), Vorschüsse bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank (berechnet nach der Quote von 30,4 vSt.) (4 700), Valuta-Anleihen in Deutschland (in gleicher Weise berechnet) (1 050), Kontokorrentschulden bei Banken etwa (2 000), Summe der Kriegsschulden Ungarns (16 200), Gesamte Kriegsschulden der Monarchie (47 600).

Nach dieser Aufstellung würden sich die Kriegsschulden der österreichisch-ungarischen Monarchie zu Ende des Jahres 1916 auf rund 47 Milliarden Kronen berechnen lassen. Diese Veranschlagung scheint aber, wie die „N. Fr. Pr.“ ausführlich, deswegen etwas zu hoch gegriffen, weil sich in den Anfängen der Staatsschulden-Kontrollkommission gewisse Doppelzählungen befinden. Würde man darauf Rücksicht nehmen, so würden sich die Kriegsschulden Oesterreichs zu Ende 1916 auf etwa 28 Milliarden ermäßigt und die Kriegsschulden der Gesamtmonarchie würden sich zu Ende 1916 auf 44 Milliarden Kronen belaufen haben.

Wirtschaftliche Bewegung

Genehmigung der Zulage im süddeutschen Gipfergewerbe.

Bei den am 2. Juni in Durlach gefundenen Verhandlungen zwischen dem am Tarifvertrag für das Gipfergewerbe Süddeutschlands beteiligten Verbänden,

Zentralverband der Gipser und Stukkateurmeister, Deutscher Bauarbeiterverband, Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands, wurde eine Einigung erzielt, und zwar dahingehend, daß alle Gipser, die auf Kriegsbauten (Zulage des Begriffs über Kriegsbauten, ungefähre Höhe im Vertrag des Baugewerbes) arbeiten, ab 27. April eine Zulage von 15 Pf. pro Stunde erhalten. Für Nichtkriegsbauten tritt diese Zulage erst am 1. Juni 1917 in Kraft. Dies zur vorläufigen Kenntnis unserer Mitglieder. Sobald uns der Wortlaut des Verhandlungsprotokolls vorliegt, werden wir ihn an dieser Stelle veröffentlichen.

Die Durchführung des Hilfsdienstgesetzes im Saarrevier

Die in Saarbrücken erscheinende „Saarpost“ schreibt: „Das Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst hat für die Arbeiterschaft, vornehmlich für die Metallarbeiter, eine gegenüber den früheren Zuständen veränderte Lage geschaffen. Insbesondere ist durch das Gesetz die alte Forderung der Arbeiterschaft nach Errichtung von Arbeiterauschüssen in allen Betrieben, die mehr als 50 Arbeiter beschäftigen, endlich erfüllt worden. Während für die Arbeiter im Bergbau, die der Landesgesetzgebung unterstehen, die Einrichtungen von Arbeiterauschüssen schon vor dem Kriege geschaffen worden war, entbehren ganz besonders die in den großen Hütten- und Eisenwerken beschäftigten Arbeiter bis weit in den Krieg hinein diese Einrichtung. Sie waren daher nicht in der Lage, ihre Wünsche und Beschwerden durch ihr Vertrauen bewirkende Vertreter ihrem Arbeitgeber unterbreiten zu können. Diesem bedauerlichen Zustande ist nunmehr durch das Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst ein Ende bereitet.“

Trotzdem nun aber das Gesetz bereits seit dem 5. Dezember 1916 in Kraft ist und bereits seit dem 22. Januar 1917 die preussische Wahlordnung für die Errichtung von Arbeiter- und Angestelltenausschüssen vom Minister für Handel und Gewerbe erlassen ist, fehlen in fast allen Großbetrieben der Hüttenindustrie des Saarreviers die Arbeiterauschüsse immer noch. Während in fast allen Industrierevieren Deutschlands die Arbeiterauschüsse längst errichtet sind und ihre leistungsfähige Tätigkeit ausüben, sind in den Hüttenbetrieben an der Saar noch keine Anzeichen zu erkennen, daß auch hier endlich diese Bestimmung des Hilfsdienstgesetzes zur Durchführung gebracht werden soll. Der Unwille der Saarhüttenarbeiter über diese unterschiedliche Behandlung kam so recht zum Ausdruck in mehreren überfüllten Versammlungen, die der christliche Metallarbeiterverband in den letzten Tagen in Dillingen abgehalten hat. Der größte Saal in Dillingen konnte zu wiederholten Malen die herbeigeströmten Scharen der Hüttenarbeiter nicht fassen, Hunderte mußten mit einem Plätzchen in dem anstehenden Garten vorlieb nehmen.“

Man sollte es kaum für möglich halten, was hier ausgeführt wird. So sehen sich die Hüttenarbeiter über ein erlassenes Gesetz schamlos hinweg. Natürlich ruft dies unter der Arbeiterschaft eine starke Unruhe und Verbitterung hervor. Dies kommt zum Ausdruck in einer Reihe von Massenversammlungen des christlichen Metallarbeiterverbandes, an denen auch unser Verband aktiven Anteil genommen hat. Die Folge dieser Kundgebungen war, daß auf einem großen Hüttenwert die Arbeiter vor dem Besuch einer Hüttenarbeiterversammlung gewarnt wurden. Natürlich mit dem alten Mittel, damit das gute Einvernehmen zwischen Arbeiter und Werkunternehmer nicht gestört würde, und mit der „vaterländischen Pflicht“. Daß die Herren im Saarrevier auch jetzt noch auf ihrem bisherigen Herrenstandpunkt stehen bleiben wollen, ist sehr bezeichnend. Es ist dringend notwendig, daß das Kriegswuchereramt hier Wandel schafft. Es ist ein unerträglich Zustand, daß man auch jetzt noch den Arbeitern ihr gutes Recht vorenthalten will. Die Gewerkschaften werden mit aller Entschiedenheit dafür eintreten, daß den Arbeitern das gegeben wird, was ihnen auf Grund des Gesetzes zusteht, damit sie die wirtschaftlichen Erschwerungen des Krieges weiter ertragen können.

Erweiterung des Arbeitsrechts

Arbeiterauschüsse, Arbeiterrecht.

Um die Einführung und den Ausbau von Arbeiterauschüssen haben sich die Sozialpolitiker und namentlich Dr. Sike seit Jahrzehnten bemüht. Bei Beratung der Gewerbenovelle 1909 gelang es endlich, für Gewerbe- und Industriebetriebe mit mindestens 20 Arbeitern die obligatorische Einführung von Arbeiterauschüssen vorzuschreiben. Eine ausreichende Rechtsstellung wurde aber auch für diese Ausschüsse nicht geschaffen, sie blieben in der Hauptsache begutachtende Organe den Arbeitgebern gegenüber, die sie hören konnten oder auch nicht. Von einem Gleichberechtigten oder gar ausschlaggebenden Stellung war keine Rede. Kaiser Wilhelm II. hat in einer Unterredung mit dem Fabrikanten Köpfe im September 1901 bedauert, daß nicht bloß Privatunternehmer, sondern auch Staats- und kommunale Behörden den Arbeitern die Gleichberechtigung verweigern, auf die sie Anspruch haben. Aber trotzdem erhielten weder die Arbeiterauschüsse eine entsprechende Ausgestaltung, noch konnten die bereits in dem kaiserlichen Februarerlasse 1890 angefordigten Arbeitskammern ins Leben gerufen werden. Die aus der Großindustrie und von den gebildeten Handelstammern heraus erhobenen Ueberprüfungen waren so hart, daß die bisherigen Regierungen entsprechende Vorlagen nicht einzubringen wagten und vom Reichstag schließlich ausgestrichen wurden. Erst die Kriegszeit brachte eine Wendung. Durch das Reichsgesetz vom 5. Dezember 1916 über den Vater-

